

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Als letzter Manfred Rexin. Bitte sehr, Herr Rexin.

Manfred Rexin: Zur Rolle der Medien in den Jahrzehnten der Teilung und in den Jahren der schwierigen Vereinigung wollte ich etwas sagen, aber unter dem Eindruck dessen, was eben vorgetragen wurde, möchte ich auf meinen vorbereiteten Text weitestgehend verzichten und stattdessen auf einen anderen Aspekt eingehen, der zur Klärung des Sachverhaltes und zur Klärung der Fronten beitragen mag. In jenem Jahr, als Sie aus diesem schrecklichen Gefängnis entlassen wurden, entstand ein Text, den ich vortragen möchte, zufälligerweise habe ich ihn mir mitgenommen, ein Text, veröffentlicht in einem Buch, das der Herr Sachverständige Professor Manfred Wilke zusammen mit dem aus der Tschechoslowakei stammenden Bürgerrechtler Jiri Pelikan 1977 bei Rowohlt veröffentlichte.

Der Text, ich verknappe das jetzt, lautete wie folgt: „Jäher, eruptiver Wandel in Osteuropa, revolutionärer Umsturz erscheint fast unmöglich angesichts der bewaffneten Macht, die den Herrschenden zu Gebote steht. Langsamer, stetiger evolutionärer Umbruch dagegen ist keineswegs ausgeschlossen – immerhin haben sich in den osteuropäischen Gesellschaften seit dem XX. Parteitag der KPdSU 1956 bemerkenswerte Änderungen vollzogen, eine deutliche Verfeinerung der Herrschaftstechniken, die Abkehr von Terror, wie er in der stalinistischen Periode unverzichtbar erschien. Um das Bild aus der Meteorologie zu verwenden: schwere Unwetter, orkanähnliche Stürme führen in Osteuropa in der Regel dazu, daß der bewaffnete Katastrophenschutz neue Dämme aufschüttet, Schutzwälle erbaut, Türen und Fenster fester verrammelt. Zu wünschen ist diesen Gesellschaften ein langandauernder, stetiger Landregen, der nach und nach immer mehr Schlamm und Geröll der stalinistischen Periode wegspült [...] Die Ostpolitik der sozial-liberalen Koalition verfolgte Ziele, die öffentlich definiert worden waren – sie waren darauf ausgerichtet, den Frieden sicherer zu machen, die Last der deutschen Teilung zu mildern, besonders für jene, die am härtesten davon betroffen waren, also 'menschliche Erleichterungen' zu schaffen. Die Ostpolitik Bonns sollte der Gefahr einer außenpolitischen Isolierung von den eigenen Bündnispartnern vorbeugen, West-Berlin in seiner bedrängten vorgeschobenen Position sichern, die Chancen ökonomisch-technischer und wissenschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost und West fördern. Daneben aber bestand auch eine nur selten offen deklarierte Zielstellung, die nichtsdestoweniger für Ostpolitiker Bonns bestimmend war: das weltpolitische Klima so weit zu verändern, die internationalen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß sich die auf Reform, auf gesellschaftlichen Wandel, auf Humanisierung und Demokratisierung der bestehenden Herrschaftssysteme in Ost und West drängenden Kräfte entfalten konnten [...] Man dürfe nicht vergessen, sagte Andrej Sacharow im März 1977, daß schließlich nur die Détente Voraussetzungen dafür geschaffen habe, wenigstens in geringem Umfang auf die Politik kommunistischer Länder einwirken zu können: 'Eine Abkehr von der Détente wäre ein Unglück!'"

Aus diesem Sacharow-Argument etwa habe ich mir 1982/83 die Haltung der neuen Bundesregierung Kohl/Genscher erklärt. Nun könnte man darüber meditieren, warum sich eine bestimmte Veränderung in den Medien der 70er Jahre, in den 60er Jahren beginnend, dann noch stärker in den 80er Jahren vollzogen hat. Als die Mauer fiel, als das Ende der DDR absehbar war, da haben sich etliche meiner Kollegen und ich im damaligen RIAS gefragt: Was haben wir in unseren Berichten über die DDR verkannt? Wieso sind wir nun auf einmal so überrascht, sie als ein wesentlich instabileres Herrschaftssystem zu erkennen, als wir vermutet hatten? Wo hatten wir uns getäuscht oder hatten wir uns täuschen lassen? Nicht nur wir. Herbst 1987, Honecker in der Bundesrepublik. Das galt weithin, rechts wie links, als eine Art Ratifikation der deutschen Teilung, als, um ein Wort des Schweizer Dramatikers Friedrich Dürrenmatt zu zitieren, „inszenierte Beerdigung der deutschen Wiedervereinigung“. Ich zitiere aus der Neuen Zürcher Zeitung.

Wir hatten in der Tat unsere Haltung zur DDR in den 60er Jahren überprüft, modifiziert und daraus Schlußfolgerungen für die Programme gezogen. Wir hatten versucht, folgenden Tatbeständen Rechnung zu tragen. Aus einem der Bücher, die Sie mitgebracht haben, wäre ein Text zu zitieren, der das noch einmal erläutert. Ich will ihn mit Blick auf die knappe Zeit nicht vollständig, sondern nur in Stichworten wiedergeben. Ich glaube, wir hatten erkannt, daß eine Mehrheit der DDR-Bevölkerung nach wie vor in kritischer Distanz zur SED, zu ihrer Führung und zu deren Herrschaftsmethoden verharret, daß aber dieses ihr Nein zum Staate Walter Ulbrichts noch nicht automatisch ein Ja zur westlichen Gesellschaftsordnung bedeutete, so, wie sie sich damals in den 60er Jahren darstellte. Wir hatten zudem entdeckt, daß sich in der DDR ein spezifisches Leistungsbewußtsein entwickelt hatte unter den Menschen, Stolz auf das, was sie unter unendlichen Mühen gebaut und geleistet haben. Man hatte dieses Leistungsbewußtsein oft auch bei denen bemerken können, die angesichts ihrer sehr schmerzlichen Erfahrung ein tiefes Mißtrauen gegenüber den meisten politischen Repräsentanten der DDR hegten. Wir hatten bemerkt, daß es da das Empfinden einer besonderen Solidarität anderen DDR-Bürgern gegenüber gegeben hatte, daß sich herausbildete, daß die Leute sehr schnell von „wir hier“ und „ihr dort“ sprachen, daß sie es nicht gern hatten, wenn wir in der Bundesrepublik ihnen in der DDR in einer bestimmten Attitüde der Überheblichkeit begegneten.

Wir wußten, daß verallgemeinernde Urteile über die Brüder und Schwestern, von denen bundesdeutsche Politiker gern zu sprechen pflegten, als handle es sich um eine homogene Gruppe, als fragwürdig gelten mußten. Die Verhaltensweisen einer Millionenschar von Menschen waren höchst unterschiedlich. Sie entzogen sich den unbedarften Formeln von dafür und dagegen sein. Damals in diesem Text, den ich hier im einzelnen nicht vortragen wollte, habe ich darüber meditiert, ob man das Sozialbewußtsein der DDR-Bevölkerung nicht auf mindestens zwei Ebenen untersuchen müsse, in der Einstellung zum Regime und in der Beurteilung des Systems; Regime war die Führung von Partei und Staat im engeren Sinne, der Herrschaftsapparat, das Instrumentarium der

Machtsicherung, dagegen bedeutete System die sozial-ökonomische Grundstruktur der Gesellschaft, die Gestaltung von Eigentumsverhältnissen, sozialen Lebensbedingungen, „Sozialismus“. Wir hatten einige Vermutungen über die Mehrheiten und Minderheiten: In der Beurteilung des Regimes weithin ablehnend, das sozial-ökonomische System sehr differenziert bewertend.

Meine Damen und Herren, als heute morgen erwähnt wurde, daß es diese Untersuchungen gegeben hat, die Infratest anstellte, kam mir die Erinnerung an einen ersten Modellversuch, den Infas 1966 unternommen hatte. Das war ein Versuch im Auftrage des Senats von Berlin über eine Befragung von Passierscheinbenutzern, um das Stimmungsbild der Ostberliner zu erkunden. Der Pilotversuch vom Januar/Februar 1966 wurde damals abgebrochen und von diesem Institut nicht fortgesetzt, soweit ich weiß, weil es einige skeptische Fragen gab, ganz schlichte, einfache Fragen, nämlich erstens: Sagen die Ostberliner ihren westberliner Besuchern wirklich, was sie denken, oder meiden sie im Interesse familiärer Harmonie bei solchen Begegnungen kontroverse Themen oder gar Streitthemen? Zweitens: Verstehen die Westberliner das, was die Ostberliner ihnen sagen über eine doch ganz andersartige soziale und politische Wirklichkeit? Drittens: Sagen uns die Westberliner nach ihrer Rückkehr aus Ostberlin das, was sie gehört haben, oder sagen sie uns eher etwas, was sie gern gehört hätten, in der Erwartung, daß ein wohlmeinender und liebenswürdiger, sympathischer Zeitgenosse so eine Ansicht doch eigentlich vertreten sollte? Weil der Senat von Berlin, nach meiner Erinnerung, Zweifel hatte an der Methodik dieses Verfahrens, meinte er, er solle sie nicht weiter fortsetzen.

Ich habe die erwähnten Infratest-Untersuchungen leider nie zu Gesicht bekommen, weder in meiner Zeit beim ZDF noch beim RIAS, und das hat ja heute morgen die Referentin auch betont, daß sie strikt geheimgehalten wurden. Hätten wir sie gekannt, hätten wir zu der Zeit uns sehr interessiert erkundigt und darüber berichtet, wie das methodische Instrumentarium dieser Analysen gewesen ist.

Wären wir zu dem Ergebnis gekommen, sie sind absolut stichhaltig, hätte das Konsequenzen für unsere Programmgestaltung haben müssen, speziell bei den Sendern, die einen besonderen Sendeauftrag für die DDR hatten: Deutschlandfunk, RIAS, SFB oder Fernsehmagazine wie Kontraste, Kennzeichen D. Wir hätten dann nämlich zum Beispiel, ausgehend von der These, 90 % der DDR-Bevölkerung wollten das westliche Modell, auch sagen können: Na, wieso berichten wir so ausführlich über nicht-totalitäre freiheitliche demokratische Sozialismusvorstellungen in der übrigen Welt als Alternative zum stalinistisch geformten Sozialismus? Wir hätten sagen können, okay, das überlassen wir einigen späten Programmen für schlafgestörte Intellektuelle.

Ich will nur noch einmal darauf hinweisen, wir hatten ein bestimmtes Bild entwickelt, mühsam genug auf Grund der unzureichenden Quellen, und glaubten auf Grund dieses Bildes ein bestimmtes Programmangebot machen zu sollen. Im Nachhinein so zu tun, als wäre diese Analyse völlig falsch gewesen, kann ich nicht akzeptieren.

Es ist sehr merkwürdig, das lassen Sie mich abschließend noch sagen, ich habe das, was ich 1969 zu Papier gebracht hatte über das von mir vermutete Meinungsbild in der DDR, 1989, zwanzig Jahre später, 1990, besser gesagt, unter dem Eindruck von vier Wahlgängen als weitgehend widerlegt betrachtet. Ich habe gedacht, ich hätte mich geirrt und überschätzt die Versuche der DDR-Bevölkerung oder eines Teils, wohlgermerkt eines Teils, sich mit irgendwelchen alternativen Sozialismusmodellen auseinanderzusetzen.

Fünf Jahre später war ich nicht mehr so ganz sicher, widerlegt zu sein. Denn ich stellte mir auf Grund der heute zum Teil vorgetragenen, durch EMNID-Umfragen und andere zu analysierende, noch zu untersuchende Ergebnisse natürlich die Frage: Was spielt hier in der heutigen Stimmungslage der neuen Bundesländer eine Rolle? Kommen da alte Prägungen wieder hoch? Oder ist das das Ergebnis einer zum Teil sehr schmerzlichen Erfahrung einer neuen Sozialordnung? Oder handelt es sich um eine Verbindung von beiden Prägungen – denen der 50er und 60er Jahre mit schmerzlichen Erfahrungen dessen, was man Vereinigungskrise nennen könnte?

Ich will nur noch einmal eines sagen, weil wir ja hier die Schlachten der Vergangenheit immer wieder ansprechen: Was wäre wohl die Alternative gewesen zu dem Versuch, die DDR erst einmal als eine böse Realität zu nehmen in der Hoffnung, sie verändern zu können? Was wäre die Alternative gewesen? Die Alternative wäre der Umbruch, der Umsturz, die Revolution, die große Krise gewesen. Und deshalb denke ich, sollte man, um diese Alternative in ihren Konsequenzen zu erwägen, noch abschließend ein Zitat einfügen, das Zitat eines deutschen Politikers 1988, der mit Blick auf die DDR 1953, Ungarn 1956, die Tschechoslowakei 1968 und Polen in den 70er und 80er Jahren folgendes geschrieben hat: „Wegen der damit verbundenen Gefahr lebensgefährlicher kriegerischer Verwicklungen konnten und können Volkserhebungen in den Staaten des Warschauer Paktes nicht unterstützt werden. Es hat deshalb keinen Sinn, die Notsituation dort so zu verschärfen, daß die Belastungen für die Menschen unerträglich werden und es zur Explosion kommt. Während der Westen auf den Bänken gesicherten Wohlstandes sich auf die Zuschauerrolle beschränkt, gibt es drüben Tote, Verwundete, massive Strafen und Verfolgungen. Ich jedenfalls konnte und kann auf Grund meines christlichen Gewissens eine solche Politik nicht hinnehmen oder gar fördern.“ Zitat aus Franz Josef Strauß: Erinnerungen, abgeschlossen 1988 – anderthalb Jahre vor dem Mauerfall, der den Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums einleitete. Vielen Dank.

(Beifall)

Gesprächsleiter Prof. Dr. Bernd Faulenbach: Meine Damen und Herren, wir wollen hier eigentlich über die Gegenwart und die Zukunft reden. Wir sind aber bei einer Diskussion über die Vergangenheit gelandet. Nun scheint mir das insofern verständlich zu sein, als wir von der Gegenwartsmächtigkeit der Vergangenheit in verschiedenen Hinsichten ausgehen können. Wir müßten al-